

Fraktion SPD  
im Stadtrat Gräfenberg



Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen  
im Stadtrat Gräfenberg



27.06.2022

## **Sofortprogramm Verkehrssicherheit** [26-21a]

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

zu Recht wurde bei der öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung am 17.06.2022 in Walkersbrunn auf die Problematik der Verkehrssicherheit deutlich hingewiesen. Derartige Probleme bestehen nicht nur in Walkersbrunn, sondern im ganzen Stadtgebiet, zum Beispiel gerade auch für Schulkinder in der Bahnhofsstraße, in der Kasberger Straße und in der Guttenburger Straße. Zu Recht wurde bei der erwähnten Veranstaltung auf mögliche Haftungsfragen hingewiesen. Daher kann weder in Walkersbrunn noch bei den anderen genannten Stellen auf den Bau von Umgehungsstraßen gewartet werden, da dies selbst bei optimistischer Sicht noch mehrere Jahre dauern wird, zumal bei der Veranstaltung am 17.06.2022 keine konkreten Zusagen für eine baldige Realisierung gemacht worden sind. Notwendig ist daher ein Sofortprogramm für mehr Verkehrssicherheit.

Wir stellen daher folgenden

**A n t r a g:**

Der Stadtrat Gräfenberg beschließt ein Sofortprogramm für mehr Verkehrssicherheit mit folgenden Punkten:

1. Mit der Unterstützung von Bundestags- und Landtagsabgeordneten wird kurzfristig eine Tempobegrenzung auf 30 km/h für alle Fahrzeuge in der Ortsdurchfahrt Walkersbrunn gefordert. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich persönlich direkt bei den für die Staatsstraße zuständigen Entscheidungsträgern für diese Lösung einzusetzen.
2. An den neuralgischen Punkten – Walkersbrunn Bushaltestelle, Kasberger Straße (Fußgängerüberweg am ehemaligen Neukauf), Guttenburger Straße (vor der Engstelle) – werden in Kooperation mit Polizei und kommunaler Verkehrsüberwachung kurzfristig dauerhafte Geschwindigkeitskontrollstandorte realisiert, d.h. sogenannte „Starenkästen“, die wechselweise mit Blitzern bestückt werden können und bei denen von außen nicht zu erkennen ist, ob sie bestückt sind. Gegebenenfalls übernimmt die Stadt Gräfenberg dafür

einen Kostenanteil. Der Bürgermeister wird aufgefordert, sich hierfür persönlich direkt bei den Entscheidungsträgern der Polizei einzusetzen.

3. Die mobile kommunale Geschwindigkeitskontrolle im Bereich der Gefahrenpunkte wird zusätzlich ausgeweitet.
4. An der Kasberger Straße werden gemeinsam mit dem Landkreis Möglichkeiten geprüft, die Geschwindigkeit wirksam zu reduzieren. Dabei werden insbesondere folgende Vorschläge wohlwollend geprüft und von Bürgermeister und Verwaltung beim Landkreis persönlich positiv vertreten:
  - a. Fahrbahnverschwenkung und/oder Verkehrsinsel im Bereich des ehemaligen Neukaufs. Die Stadt Gräfenberg stellt dem Landkreis den dafür ggf. erforderlichen Grund auf der Fläche des ehemaligen Neukaufs zur Verfügung.
  - b. Weitere Verkehrsinseln und/oder Verschwenkungen der Fahrbahn im weiteren Verlauf der Kasberger Straße, zum Beispiel im Bereich der Einmündung der Pestalozzistraße und an der Ortseinfahrt.
  - c. Fahrbahnmarkierungen und/oder Rüttelstreifen im Bereich der Gefahrenstellen (Querung der Straße durch Schulkinder), welche eine Reduzierung der Geschwindigkeit fördern und auf die Gefahrenstelle aufmerksam machen.
5. Für die Engstelle in der Bahnhofsstraße wird möglichst kurzfristig eine Bürgerbeteiligung durchgeführt und dabei folgende Lösungsmöglichkeiten zur Wahl gestellt, um einen gefahrlosen Weg für Fußgänger, insbesondere für Schulkinder zu schaffen:
  - a. Sperrung für alle Fahrzeuge über 2,8 Tonnen mit Ausnahme für den Linienverkehr (nicht für Schulbusse).<sup>1</sup>
  - b. Einbahnstraßenregelung für alle Fahrzeuge mit Ausnahme für den Linienverkehr (nicht für Schulbusse).<sup>2</sup>
  - c. Ampellösung, welche eine einspurige Verkehrsführung (wie bei Baustellen) schafft. Die Ampel wird mit einer Vorrangschaltung für den Öffentlichen Nahverkehr ausgestattet. Dadurch wird die Finanzierung ermöglicht, weil dafür GVFG-Mittel beantragt werden können. Der Vorrang für den Linienverkehr besteht darin, dass sich die Busse ihre Richtung bei der Annäherung bevorzugt anfordern.

#### B e g r ü n d u n g:

Die Begründung ergibt sich aus dem oben dargestellten Sachverhalt.

Es genügt nicht, sich öffentlichkeitswirksam für eine Umgehungsstraße auszusprechen. Es ist sofortiges Handeln erforderlich. Hier können sich die Abgeordneten und der Bürgermeister beweisen, tatsächlich schnell etwas für die Verkehrssicherheit zu tun. Kurzfristig helfen nur wirksame Entschleunigungsmaßnahmen und dies sind auch dann noch sinnvoll, wenn die Umgehungsstraßen irgendwann gebaut werden sollten. Wenn die bei der Veranstaltung am 17.06.2022 veröffentlichten Aussagen hinsichtlich der Priorität der Verkehrssicherheit ernst gemeint waren, muss dringend sofort gehandelt werden.

---

<sup>1</sup> Bei der Einbahnstraßenregelung benutzen alle Kraftfahrzeuge nur die eine Richtung mit Ausnahme der wenigen Linienbusse (der Linienverkehr ist ja nur ein Bruchteil der Busse – die Schulbusse müssten dann (genauso wie alle anderen) außen herum fahren in der einen Richtung. Die Begegnung von zwei Bussen ist dann so gut wie unmöglich, da in der Stunde jeweils nur ein großer Linienbus pro Richtung verkehrt.

<sup>2</sup> Analog Fußnote 1.

Weitere Begründung mündlich.

Matthias Striebich  
Fraktionssprecher

Elisabeth Meinhardt  
Fraktionssprecherin